

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Schule und Weiterbildung
am Donnerstag, **04.07.2013**, 17:05 Uhr - 19:00 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Olaf Dreßen , Edgar Drüge , Thomas Heitkämper Vertretung für Herrn Bruno Kleine Borgmann,
Marie-Theres Kastner , Marliese Kosmider , Franz-Josef Ruwe Vertretung für Herrn Andreas
Nicklas, Markus Welp ,

von der SPD-Fraktion

Juliane Brüggemann , Ralf Hubert , Michael Kleyboldt , Petra Seyfferth , Robert von Olberg ,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Peter Fischer-Baumeister , Christoph Kattentidt Vertretung für Frau Annette Kemper, Anne
Naegels , Karl-Heinz Neubert ,

von der FDP-Fraktion

Dr. Karin Obst , Willi Schriek Vertretung für Frau Sandra Wübken,

fraktionslos

Raimund Köhn ,

Sachkundige Einwohner/innen

Rixa Borns , Elisabeth Wibben ,

Vertreter des Jugendrates

Kotteiba Alomari , Tim Klute ,

von der Verwaltung

Gerd Bertling , Lothar Dunkel , Klaus Ehling , Gerlinde Haase , Dr. Andrea Hanke , Frank Her-
manns , Dr. Jürgen Langenberg , Winfried Mörchen , Georg Mümken , Ursula Richard , Aud
Riegel , Dr. Anna Ringbeck , Peter Voß , Ludger Watermann , Michael Willamowski ,

für die Schriftführung

Winfried Engbert ,

Es fehlten:

Thomas Frings , Pascal Powroznik , Deler Saber , Rainer Timmer ,

Es fehlten:

Annette Kemper , Bruno Kleine Borgmann , Andreas Nicklas , Sandra Wübken ,

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 04.07.2013

Tagesordnung

- | | | |
|--------------------------|----|---|
| | 1. | Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist |
| | 2. | Eingänge und Eingaben |
| | 3. | Mitteilungen und Berichte der Verwaltung |
| <u>V/0497/2013</u>
IV | 4. | Schulversuch PRIMUS - Antrag an das Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW zur Teilnahme |
| <u>V/0125/2013</u>
V | 5. | Münster auf dem Weg zur inklusiven Stadt: Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention |
| <u>V/0410/2013</u>
II | 6. | Handlungsprogramm 2012 bis 2017 - 1. Projektbericht zur Umsetzung (Auszug Ausschuss für Schule und Weiterbildung) |
| <u>V/0428/2013</u>
II | 7. | Handlungsprogramm 2012 bis 2017 - Bestandsaufnahme zu Standards und Richtlinien (Auszug Ausschuss für Schule und Weiterbildung) |
| <u>V/0308/2013</u>
II | 8. | Neubau eines Feuerwehrgerätehauses für den Löschzug Kinderhaus der Freiwilligen Feuerwehr, Kristiansandstraße
Zustimmung zur Planung |
| <u>V/0389/2013</u>
II | 9. | Neubau einer Kindertageseinrichtung an der Dreifaltigkeitsschule
- Ergebnis der Mehrfachbeauftragung
- Beauftragung der Architektenleistungen |

- | | | |
|--------------------------|-----|--|
| <u>V/0192/2013</u>
II | 10. | Neubau einer Zweifachsporthalle an der Peter-Wust-Schule
Dingbängerweg 76, Münster
Zustimmung zur Planung |
| <u>V/0365/2013</u>
IV | 11. | Zukünftige Ausrichtung arbeitsmarktbezogener Maßnahmen bei der Volkshochschule Münster |
| <u>V/0457/2013</u>
IV | 12. | Künftige Unterbringung der VHS;
hier: Ausschluss und Vermarktungsfreigabe der Immobilien Herwarthstraße und Wartburg-Hauptschule |
| <u>V/0302/2013</u>
IV | 13. | Erhöhung der Kursgebühren der VHS und entsprechende Anpassung der Entgeltordnung |
| <u>V/0393/2013</u>
IV | 14. | Umsetzung des Konsolidierungsbeschlusses Nr. 107 "Kündigung des Vertrages zur Führung der Stadtbildstelle durch das Landesmedienzentrum des LWL" |
| <u>V/0388/2013</u>
IV | 15. | Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets (BUT) |
| <u>V/0458/2013</u>
IV | 16. | Öffentlich-rechtliche Verträge zur Aufnahme von Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf "Lernen" aus den Umlandgemeinden Havixbeck, Nottuln, Senden sowie den Städten Drensteinfurt und Sendenhorst |
| | 17. | Anfragen/Anträge von Mitgliedern des Ausschusses für Schule und Weiterbildung |
| | 18. | Verschiedenes |

Frau Dr. Obst eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Frau Dr. Strässer-Panny wird als neues Mitglied des Ausschusses verpflichtet.

Die SPD-Fraktion beantragt, die Vorlagen zu den Tagesordnungspunkten 4 und 5 ohne Beschlussfassung zu schieben. Die FDP-Fraktion beantragt, die Vorlage zu Tagesordnungspunkt 12 ohne Beschlussfassung zu schieben. Es erfolgt keine Gegenrede, somit sind die Anträge angenommen.

Frau Dr. Obst führt an, welche Unterlagen vor der Sitzung an die Mitglieder verteilt wurden.

Punkt 1 der Tagesordnung

Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist

Frau Dr. Obst klärt die Frage der Berichterstattungen.

Punkt 2 der Tagesordnung**Eingänge und Eingaben**

Herr Ehling gibt den Eingang eines Schreibens der Matthias-Claudius-Schule zum Antrag des Schulversuchs Primus bekannt.

Punkt 3 der Tagesordnung**Mitteilungen und Berichte der Verwaltung**

Frau Dr. Ringbeck berichtet zu den Projekten-Planungen und Perspektiven der Volkshochschule. Die Übersicht wird dem Protokoll beigelegt.

**Punkt 4 der Tagesordnung
V/0497/2013****Schulversuch PRIMUS - Antrag an das Ministerium
für Schule und Weiterbildung NRW zur Teilnahme**

Frau Dr. Hanke führt aus, dass der Schulversuch PRIMUS vom Land NRW angeregt wurde. Aufgrund des Interesses der Wartburg-Grundschule und der Grundschule Berg Fidel sei die Verwaltung tätig geworden.

Die Wartburg-Grundschule habe ein gutes Konzept erarbeitet. Da aber die Umsetzung des Konzeptes nur durch den Neubau eines Schulgebäudes umgesetzt werden konnte, sei dieser Antrag nicht weiter verfolgt worden.

Die Verwaltung schlage aber vor, einen Antrag auf Teilnahme der Grundschule Berg Fidel auf Teilnahme am Schulversuch PRIMUS beim Land NW zu stellen. Dabei werden von der Verwaltung aber verschiedene Punkte als problematisch angesehen:

- a) Der Schulversuch kann mit Genehmigung des Landes Zweizügig starten. Nach Vorgaben des Landes müssen ab dem Schuljahr 2016/17 zwingend Anmeldungen für eine Dreizügigkeit der Schule vorliegen. Ansonsten läuft der Schulversuch aus.
Die Verwaltung sieht nach den Ergebnissen der Elternumfrage eher dauerhaft eine Zweizügigkeit gegeben. Das Ministerium und die Bezirksregierung gehen bei diesen Ergebnissen von einer Dreizügigkeit aus.
- b) Die Schulkonferenz der Geistschule hat den Beschluss gefasst, nur bei Erreichung der notwendigen Anmeldungen zum 5. Jahrgang (75) am Schulversuch teilzunehmen und damit die Hauptschule auslaufend aufzulösen.
Dies bedeutet, dass sich der Rat bei einer Antragstellung in der vorliegenden Form über den Beschluss der Schulkonferenz hinwegsetzt.
Die Grundschule Berg Fidel hat in diesem Zusammenhang erklärt, dass sie auch bereit ist, nur mit dem ersten Jahrgang in den Schulversuch zu starten.
- c) Die Grundschule Berg Fidel wird durch die Teilnahme am Schulversuch nicht zu einer „inklusive Schule“. Auch wenn dies in den Elterninformationen von der Schule so dargestellt wurde. Die Umsetzung der Inklusion erfolgt an dieser Schule genau so wie an allen anderen Schulen auch.
- d) Die Höhe der Kosten der durch die Teilnahme erforderlichen Baumaßnahmen sind zurzeit noch nicht ermittelt. Die Maßnahmen sollen jedoch in dem Rahmen erfolgen, der auch an anderen Schulen angewandt wurde. Dabei sollen die notwendigen Maßnahmen mit den geringst möglichen Mitteln durchgeführt werden. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung wird anhand von Vorlagen über die Kosten der einzelnen Maßnahmen informiert.

Es findet eine ausführliche Aussprache statt, in der die Fraktionen auch ihre Statements zum Schulversuch abgeben.

Dabei wird deutlich, dass insbesondere die Frage nach dem Erreichen der notwendigen Anmeldungen und der hiermit verbundenen Weiterführung des Schulversuchs unsicher sind.

Die Politik ist in großer Sorge, was mit den in den ersten zwei Jahren aufgenommenen Schülerinnen und Schülern geschieht, wenn der Schulversuch ab dem Schuljahr 2016/17 ausläuft. Konzeptionelle Überlegungen seitens der Verwaltung gibt es diesbezüglich nicht.

Weiterhin bildet die Unsicherheit bei den Kosten der Baumaßnahmen einen Kritikpunkt der Politik.

Auch der Hinweis der Matthias-Claudius-Schule Gut Insel zum künftigen Bestand der Schule ist Gegenstand der Diskussion.

Frau Kosmider (CDU) regt an, an alle in Frage kommenden Eltern vor den Anmeldeterminen eine Information zu senden, in der auf folgende Punkte hingewiesen wird:

1. es handelt sich nicht um eine Schule mit den Jahrgängen 11 – 13, es gibt an dieser Schule also keine Oberstufe;
2. es handelt sich nicht um eine inklusive Schule
3. es besteht keine Sicherheit in Bezug auf die Fortsetzung des Schulversuchs nach zwei Jahren.

Die anderen Fraktionen schließen sich der Anregung an. Die Aussprache wird im Rat fortgesetzt.

Die Vorlage wurde ohne Beschlussfassung geschoben.

Punkt 5 der Tagesordnung V/0125/2013	Münster auf dem Weg zur inklusiven Stadt: Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
---	---

Die Vorlage wurde ohne Beschlussfassung geschoben.

Punkt 6 der Tagesordnung V/0410/2013	Handlungsprogramm 2012 bis 2017 - 1. Projektbericht zur Umsetzung (Auszug Ausschuss für Schule und Weiterbildung)
---	--

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung V/0428/2013	Handlungsprogramm 2012 bis 2017 - Bestandsaufnahme zu Standards und Richtlinien (Auszug Ausschuss für Schule und Weiterbildung)
---	--

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung V/0308/2013	Neubau eines Feuerwehrgerätehauses für den Löschzug Kinderhaus der Freiwilligen Feuerwehr, Kristiansandstraße
---	--

Zustimmung zur Planung

Herr von Olberg beantragt, die Vorlage in der Fassung des Beschlusses des AUB vom 02.07.2013 zu beschließen. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussvorschlag

„I. Sachentscheidung

1. Der Neubau des Feuerwehrgerätehauses Münster - Kinderhaus wird nach den Plänen des Amts für Immobilienmanagement vom April 2013 in Bezug auf die Gerätewartwohnung in zwei Varianten vorgestellt:
 - 1.1 Neubau des Feuerwehrgerätehauses Münster-Kinderhaus als zweigeschossiges Gebäude mit Gerätewartwohnung (Anlage 1 – 3)
 - 1.2 Neubau des Feuerwehrgerätehauses Münster-Kinderhaus als eingeschossiges Gebäude ohne Gerätewartwohnung (Anlage 4 – 6)
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung auf der Grundlage der vorgelegten Variante 1.1 der Vorplanung fortzuführen und den Baubeschluss herbeizuführen.

Die Verwaltung wird beauftragt,

 - a) zu prüfen, ob weitere Einspareffekte durch Eigenleistungen der freiwilligen Feuerwehr bei den Bodenarbeiten erfolgen können.
 - b) für den Fall weiterer geplanter Kostenreduzierungen bei der Ausführung aufgrund der abgestimmten Planung diese im AUB und in der BV-Nord im Rahmen des Baubeschlusses vorzutragen und abstimmen zu lassen.
3. Die Kostenschätzungen nach DIN 276 von März 2013 (Anlage 7) werden für die Variante 1.1 mit Gerätewartwohnung mit Investitionskosten in Höhe von 1.754.570,00 € und die Variante 1.2 ohne Gerätewartwohnung mit Investitionskosten in Höhe von 1.527.370,00 € zur Kenntnis genommen.

II. Kosten/Folgekosten .

Es wird zur Kenntnis genommen, dass mit der Entscheidung für die Variante 1.1 (mit Gerätewartwohnung) Investitionskosten von insgesamt 1.754.570,00 € bzw. mit der Entscheidung für die Variante 1.2 (ohne Gerätewartwohnung) Investitionskosten von insgesamt 1.527.370,00 € für den Bau und die Einrichtung des Feuerwehrgerätehauses gemäß der Kostenschätzungen nach DIN 276 vom März 2013 entstehen (Anlage 7).

Die Folgekosten werden zum Baubeschluss dargestellt.

III. Mittelbereitstellung/Finanzierung

Zur Finanzierung der Investitionsmaßnahme stehen im Haushaltsplan 2013 in der Produktgruppe „0209 Brandschutz und feuerwehrtechnische Hilfeleistung“ bei der Investitionsmaßnahme „4330 Neubau FGH Kinderhaus“ 1.200.000 Euro bereit. Der darüber hinaus benötigte Finanzierungsanteil wird aus dem gesamten Investitionsbudget des Jahres 2013 der zuvor genannten Produktgruppe getragen. Diese Mittelumschichtung innerhalb des Budgets ist gemäß § 9 der Haushaltssatzung zulässig.

Die Verwaltung wird bei der Erstellung des Haushaltsplanentwurfes 2014 und der mittelfristigen Investitionsplanung bis 2017 diese Finanzierungsvariante in angemessener Form berücksichtigen.“

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0389/2013**

Neubau einer Kindertageseinrichtung an der Dreifaltigkeitsschule

- Ergebnis der Mehrfachbeauftragung
- Beauftragung der Architektenleistungen

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Hauptausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Das Ergebnis des Architektenwettbewerbes für den Neubau einer Kindertageseinrichtung an der Dreifaltigkeitsschule wird einschließlich der Empfehlung des Bewertungsgremiums zur weiteren Bearbeitung des Entwurfs des Büros Burhoff und Burhoff, Münster zur Kenntnis genommen (Anlage 1 Protokoll der Sitzung des Bewertungsgremiums, Anlage 2 Planverkleinerungen des Entwurfes des Architekturbüros Burhoff und Burhoff).
2. Das Architekturbüro Burhoff und Burhoff wird entsprechend der Empfehlung des Bewertungsgremiums mit den Architektenleistungen gemäß HOAI beauftragt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Kindertageseinrichtung die Entwurfsplanung einschließlich Kostenberechnung auf der Grundlage der Planung des Architekturbüros Burhoff und Burhoff zu erstellen und den Baubeschluss herbeizuführen.
4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass für die Maßnahme (Baukosten und Beschaffung) auf der Grundlage des Raumprogramms für den Neubau der Kindertageseinrichtung Finanzmittel in Höhe von 2.978.000,00 € zur Verfügung stehen. Eine Folgekostenberechnung wird im Rahmen des Baubeschlusses erstellt.
5. Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan wie folgt veranschlagt:

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- Jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0601	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung			
Investitionsmaßnahme	4680	Neubau Kita Dreifaltigkeit			
Auszahlungen	08	Auszahlungen für Baumaßnahmen	2012	50.000	
			2013	1.590.000	
Investitionsmaßnahme	0210	Z.Ausb.Kita-Betr.-u3			
Auszahlungen	11	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	2013	978.000	

Investitions- maßnahme	1160	Beschaffungen Kita Dreifaltigkeit			
Auszahlungen	09	Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2013	360.000	
Summe aller Auszahlungen / Saldo				2.978.000	

**Punkt 10 der Tagesordnung
V/0192/2013**

**Neubau einer Zweifachsporthalle an der Peter-
Wust-Schule
Dingbängerweg 76, Münster
Zustimmung zur Planung**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt dem Beschluss des Ausschusses für Umweltschutz und Bauwesen und damit dem nachfolgend angeführten Beschlussvorschlag zu.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung

1. Der Neubau der Zweifachsporthalle an der Peter-Wust-Schule wird nach den Plänen der Reduktionsvariante des Büros Knoche Partner Architekten GmbH, Münster, vom 27.05.2013, ausgeführt (Anlage 1).
2. Die Checkliste zur Berücksichtigung bauökologischer Kriterien wird mit dem Baubeschluss vorgelegt.
3. Die Erläuterungen zur Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen werden zur Kenntnis genommen.
4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass im November 2013 der Baubeschluss herbeigeführt und mit dem Bau im Frühjahr 2014 begonnen werden soll. Die Fertigstellung der Sporthalle wird dann voraussichtlich im Frühsommer 2015 erfolgen.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Investitionskosten gemäß der Kostenschätzung nach DIN 276 vom 27.05.2013 in Höhe von 3.647.000,00 Euro entstehen (Anlage 2). Die Folgekostenberechnung wird dem Baubeschluss beigelegt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Investitionskosten um rd. 142.000,00 € über dem in der Investitionsmaßnahme für die Sporthalle vorgesehenen Kostenanteil liegen und diese Mittel bei einer Realisierung der zunächst zurückgestellten Schulerweiterung ggf. zusätzlich bereitgestellt werden müssen.

III. Mittelbereitstellung/Finanzierung

Die oben genannte Sachentscheidung ist wie folgt finanziert:

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkun- gen

Produktgruppe	0301	Leistungen für Schulen			
Investitionsmaßnahme	4400	Erw. P.-Wust-Schule			
		Auszahlungen für Baumaßnahmen	2012	235.000	
			2013	2.372.000	
			VE	500.000	
			2014	1.450.800	
			2015	156.000	
				4.213.800	
		Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	2014	187.200	
Summe aller Auszahlungen/Saldo				4.401.000	

**Punkt 11 der Tagesordnung
V/0365/2013**

**Zukünftige Ausrichtung arbeitsmarktbezogener
Maßnahmen bei der Volkshochschule Münster**

Frau Dr. Hanke führt in die Vorlage ein. Als Gründe für den in der Vorlage angeführten Beschluss führt sie, den Bericht des AWR, die durch die Vergabe an einen freien Träger erreichte Subsidiarität, finanzielle Risiken, unsichere Bundesmittel und ein geringeres Auftragsvolumen an.

Sie weist darauf hin, dass die VHS mit den entsprechenden Haushaltsmitteln ausgestattet werden muss, wenn die Politik dem Verwaltungsvorschlag nicht folgen sollte.

Nach einer ausführlichen Aussprache stellen die Fraktionen der SPD und der GAL folgenden Antrag:

Der ASW wie Rat beschließen:

Der Beschlussvorschlag erhält folgende Fassung:

1. wie Vorlage

2. neu:

Die arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen (Projektbereich BBQV) werden als städtisches Angebot der VHS zunächst in der bisherigen Form fortgeführt.

Der Rat beschließt, dass zur dauerhaften Fortführung eines entsprechenden Angebotes die Verwaltung der Stadt Münster beauftragt wird, ein ganzheitliches Konzept zu erarbeiten.

Das Konzept soll folgende Aspekte berücksichtigen:

- **Organisationsform**, mit dem Ziel den bisherigen Bereich der beruflichen Qualifizierung (Projektbereiche BBQV) fachlich und organisatorisch in die Arbeit vorhandener Organisationseinheiten (z.B. VHS - allgemeine Weiterbildung - oder Jobcenter) zu integrieren und damit gesellschaftspolitisch wirksamer aufzustellen; dazu gehört auch die Zusammenarbeit mit bereits existierenden quartiersbezogenen Initiativen;
- Analyse der **finanziellen Situation** des bisherigen Bereiches der beruflichen Qualifizierung und die Erst- kurz- und mittelfristigen Finanzplans zur Erreichung einer Kostendeckung des Projektbereiches (Budget)

durch die Akquise neuer Projekte und gegebenenfalls Veränderung einzelner bisheriger Projekte, der B von Ressourcen und einer besseren Verzahnung der Angebote;

- **Weiterentwicklung des bisherigen Bereiches** der beruflichen Qualifizierung durch eine höhere Vielfalt Auftraggebern, z.B. EU-Projekte, Projekte von Ministerien, Firmenschulungen;
- **Entwicklung eines quartiersbezogenen Konzepts** für die Versorgung der Stadtteile mit einem hohen A bildungsungewohnter Bevölkerungsschichten und unter Beteiligung bereits existierender quartiersbezog Initiativen;
- **Verstärkung des Engagements im Bereich der Entwicklung**, Akquise und Umsetzung innovativer Mo für das Jobcenter unter Ausschöpfung und Verfolgung aktueller nationaler und internationaler Förderprog

Dieses Konzept wird den politischen Gremien zu den Haushaltsberatungen 2013 zur Beschlussfassung vorg

3. neu:

Zur Fortführung der laufenden Projekte erfolgt die räumliche Unterbringung der arbeitsmarktbezogenen M der VHS zunächst bis zur endgültigen Entscheidung über die künftige Organisationsform des Projekteber Anmietung geeigneter Räumlichkeiten der Caritas beim JAZ. Zusätzlich soll im Stadtteil Hilstrup die Möglic Durchführung von Beratungsangeboten im Zusammenhang von Projekten des Bereichs der arbeitsmark Maßnahmen in bestehenden städtischen Räumlichkeiten geschaffen werden.

4. neu:

Der Rat bekräftigt, dass die VHS im Rahmen eines umfassenden Bildungsauftrags auch künftig über die F ben des Landesweiterbildungsgesetzes hinaus ein breites Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebot f gruppen in der Stadt vorhält.

Der Antrag der Fraktionen wird mehrheitlich mit den Stimmen der SPD, GAL und des frakti- onlosen Mitglieds Raimund Köhn gegen die Stimmen der CDU und der FDP angenommen.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat mehrheitlich mit den Stimmen der SPD, GAL und des fraktionslosen Mitglieds Raimund Köhn gegen die Stimmen der CDU und der FDP folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt die Situation der arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen bei der Volkshoch- schule zur Kenntnis und befürwortet eine Fortsetzung des Angebotes.
2. **Die arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen (Projektbereich BBQV) werden als städti- sches Angebot der VHS zunächst in der bisherigen Form fortgeführt.**

Der Rat beschließt, dass zur dauerhaften Fortführung eines entsprechenden Ange- botes die Verwaltung der Stadt Münster beauftragt wird, ein ganzheitliches Konzept zu erarbeiten.

Das Konzept soll folgende Aspekte berücksichtigen:

- **Organisationsform, mit dem Ziel den bisherigen Bereich der beruflichen Qualifizierung (Projektbereiche BBQV) fachlich und organisatorisch in die Arbeit vorhandener Organisationseinheiten (z.B. VHS - allgemeine Weiterbildung - oder Jobcenter) zu integrieren und damit gesellschaftspolitisch wirksamer aufzustellen; dazu gehört auch die Zusammenarbeit mit bereits existierenden quartiersbezogenen Initiativen;**
- **Analyse der finanziellen Situation des bisherigen Bereiches der beruflichen Qualifizierung und Erstellung eines kurz- und mittelfristigen Finanzplans zur Erreichung einer Kostendeckung des Projektbereiches (Budget), z.B. durch die Akquise neuer Projekte und gegebenenfalls Verände**

einzelner bisheriger Projekte, der Bündelung von Ressourcen und einer besseren Verzahnung Angebote;

- Weiterentwicklung des bisherigen Bereiches der beruflichen Qualifizierung durch eine höhere Vernetzung mit Auftraggebern, z.B. EU-Projekte, Projekte von Ministerien, Firmenschulungen;
- Entwicklung eines quartiersbezogenen Konzepts für die Versorgung der Stadtteile mit einem hohen Bildungsangebot für bildungsungewohnte Bevölkerungsschichten und unter Beteiligung bereits existierender quartiersbezogener Initiativen;
- Verstärkung des Engagements im Bereich der Entwicklung, Akquise und Umsetzung innovativer Modellprojekte für das Jobcenter unter Ausschöpfung und Verfolgung aktueller nationaler und internationaler Förderprogramme.

Dieses Konzept wird den politischen Gremien zu den Haushaltsberatungen 2013 zur Beschlussfassung vorgelegt.

3. Zur Fortführung der laufenden Projekte erfolgt die räumliche Unterbringung der arbeitsmarktorientierten Maßnahmen der VHS zunächst bis zur endgültigen Entscheidung über die künftige Organisation des Projektbereichs durch Anmietung geeigneter Räumlichkeiten der Caritas beim JAZ. Zusätzlich im Stadtteil Hiltrup die Möglichkeit für die Durchführung von Beratungsangeboten im Zusammenhang mit den Projekten des Bereichs der arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen in bestehenden städtischen Räumlichkeiten geschaffen werden.
4. Der Rat bekräftigt, dass die VHS im Rahmen eines umfassenden Bildungsauftrags auch künftige Pflichtaufgaben des Landesweiterbildungsgesetzes hinaus ein breites Weiterbildungs- und Beratungsangebot für alle Zielgruppen in der Stadt vorhält.

**Punkt 12 der Tagesordnung
V/0457/2013**

**Künftige Unterbringung der VHS;
hier: Ausschluss und Vermarktungsfreigabe der
Immobilien Herwarthstraße und Wartburg-
Hauptschule**

Die Vorlage wurde ohne Beschlussfassung geschoben.

**Punkt 13 der Tagesordnung
V/0302/2013**

**Erhöhung der Kursgebühren der VHS und entspre-
chende Anpassung der Entgeltordnung**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat mehrheitlich mit den Stimmen der CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der GAL und dem fraktionslosen Mitglied Raimund Köhn, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Die vorliegende Änderung der Entgeltordnung für die Volkshochschule der Stadt Münster vom 6.7.2001 (Amtsblatt der Stadt Münster 2001 S. 84) in der Fassung der Änderung vom 7.7.2010 (Amtsblatt der Stadt Münster 2010 S. 105) wird beschlossen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Folgekosten entstehen. Die Mehrerträge für die jeweiligen Jahre sind in der Tabelle Teilergebnisplan aufgeführt und in der Haushaltsplanung 2013 ff. bereits vorgesehen.

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemer- kungen
Produktgruppe	0402	Volkshochschule	2013 2014 2015 2016 2017	+ 35.000 + 105.000 + 105.000 + 105.000 + 105.000	
Zeile	05	Privatrechtliche Leistungs- entgelte			

**Punkt 14 der Tagesordnung
V/0393/2013**

**Umsetzung des Konsolidierungsbeschlusses Nr.
107 "Kündigung des Vertrages zur Führung der
Stadtbildstelle durch das Landesmedienzentrum
des LWL"**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass der Vertrag mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe zur Führung des „Medienservice für Münster im LWL-Medienzentrum für Westfalen“ (Stadtbildstelle) fristgerecht zum 31.12.2013 gekündigt wurde und der Verleih der Medien durch das Landesmedienzentrum für diesen Bereich eingestellt wird.
2. Der Rat befürwortet, dass ab 2014 der Medienverleih und die Online-Medienbereitstellung (EDMOND NRW) in die Stadtbücherei integriert wird.
3. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für die Umsetzung des Konzeptes in der Stadtbücherei eine 0,7 Stelle (voraussichtlich 0,38 EGr. 10 und 0,32 EGr. 06) erforderlich ist und diese zum Stellenplan 2014 angemeldet wurde.
4. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass sich durch die Integration des Medienverleihs in die Stadtbücherei der vorgesehene Konsolidierungsbeitrag von ca. 80.000,- € jährlich fast erreicht wird.
5. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass es für einen unterbrechungsfreien Service erforderlich ist, in der Stadtbücherei bereits ab 01.09.2013 das erforderliche Personal für die Umarbeitung des Medienangebots und die Organisation der Abläufe einzusetzen.

Finanzauswirkungen:

Um entsprechend der vorgesehenen Konzeption eine Übernahme der Aufgaben durch die Stadtbücherei zu finanzieren, sind folgende Mittel erforderlich:

Aufwendungen Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	HH-Jahr	Betrag (€)	Bemerkungen
Produktgruppe	0301	Leistungen für Schulen			
Zeile TEP	11	Personalaufwendungen	2014 ff	39.180,-	
Zeile TEP	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2014 ff	7.500,-	
Zwischensumme TEP	0301			46.680,-	
Aufwendungen Teilfinanzplan					
Produktgruppe	0301	Leistungen für Schulen			
Zeile TFP	09	Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2014 ff	22.200,-	Finanzstelle 40090301000090
Zwischensumme TFP	0301			22.200,-	

Die erforderliche Abschreibung für die Medienbeschaffung bleibt insoweit unberücksichtigt, weil sie einerseits in etwa der bisherigen Planung entspricht und andererseits bei den Konsolidierungsbeschlüssen nicht mit berücksichtigt wurde.

Da aufgrund der Konsolidierungsbeschlüsse ein Teil der Mittel für die Fortführung vorgesehen war, ergibt sich folgende Übersicht:

Position	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017
Sachaufwand (E-Plan)	7.500,00 €	7.500,00 €	7.500,00 €	7.500,00 €
PK Bücherei (0,7 Stelle)	39.180,00 €	39.180,00 €	39.180,00 €	39.180,00 €
Aufwand (E-Plan)	46.680,00 €	46.680,00 €	46.680,00 €	46.680,00 €
vorhandene Mittel (E-Plan)	41.790,00 €	41.790,00 €	41.790,00 €	41.790,00 €
Differenz	4.890,00 €	4.890,00 €	4.890,00 €	4.890,00 €
Konsolidierungsbetrag (Beschluss)	75.870,00 €	78.990,00 €	82.210,00 €	82.210,00 €
Konsolidierungsbetrag (neu)	70.980,00 €	74.100,00 €	77.320,00 €	77.320,00 €

Für 2013 entstehen einmalige Sonderausgaben für die Vorbereitung für eine reibungslose Umstellung zum Jahresende 2013 in Höhe von ca. 15.010,- € (0,7 Stelle EG 10 für 4 Monate). Hinzu kommen begrenzte, derzeit noch nicht konkret ermittelbare zusätzliche Sachaufwendungen (Schnittstellenprogrammierung, Codierung der Medien usw.). Die Finanzierung dieser Mehrkosten kann aus laufenden Mitteln erfolgen.

Die Zuordnung der Positionen zur Produktgruppe 0301 „Leistungen für Schulen“ erfolgt aufgrund des Zusammenhanges mit dem Konsolidierungsbeschluss. Die erforderlichen Ressourcen werden perspektivisch in die Produktgruppe 0404 „Stadtbücherei“ verlagert.

**Punkt 15 der Tagesordnung
V/0388/2013**

**Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und
Teilhabetpakets (BUT)**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 16 der Tagesordnung
V/0458/2013**

**Öffentlich-rechtliche Verträge zur Aufnahme von
Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf "Lern-
en" aus den Umlandgemeinden Havixbeck, Nottuln, Senden sowie den Städten Drensteinfurt und
Sendenhorst**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für die bestehenden öffentlich-rechtlichen Verträge mit den Gemeinden Havixbeck, Nottuln, Senden und den Städten Drensteinfurt und Sendenhorst zur Aufnahme von Schülerinnen und Schülern mit dem sonderpädagogischem Förderbedarf „Lernen“ auf Grund der zu erwartenden Änderungen des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes und der Verordnung zu den Mindestschülerzahlen an Förderschulen eine wesentliche Grundlage entfällt.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung,
 - die mit den Vertragspartnern abgestimmte Auflösung der öffentlich-rechtlichen Verträge vorzunehmen und
 - mit den genannten Umlandgemeinden und Städten einvernehmliche Vereinbarungen zu entwickeln, die dem Sinn der öffentlich-rechtlichen Verträge und den spezifischen kommunalen Rahmenbedingungen Rechnung tragen.
3. Die Vereinbarungen sind dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Keine

Punkt 17 der Tagesordnung**Anfragen/Anträge von Mitgliedern des Ausschusses für Schule und Weiterbildung**

- 17.1 Berufskollegs
Frau Brüggemann (SPD) bittet in einer der nächsten Sitzungen um einen Bericht über die wachsende Bedeutung der Berufskollegs in Münster. Dabei soll auch der Stand der Inklusion an den Berufskollegs dargestellt werden.
- 17.2 Produktionsschule
Frau Kosmider (CDU) bitte in einer der nächsten Sitzungen um einen Sachstandsbericht zum Thema „Produktionsschule“.
- 17.3 Beschulung neuzugezogener Migrantenkinder
Frau Kosmider (CDU) bitte in einer der nächsten Sitzungen um einen Sachstandsbericht zum Thema „Beschulung neuzugezogener Migrantenkinder“

Punkt 18 der Tagesordnung**Verschiedenes**

Keine Wortmeldungen

Dr. Karin Obst
Vorsitz

Winfried Engbert
Schriftführung